

Asyl neu ordnen, statt Schuldige zu suchen

Warum die Einteilung in Flüchtlinge und Migrant:innen dringend überdacht werden sollte

Melita H. Šunjić

Dieses Jahr sind angeblich „die Inder“ schuld an der Asylkrise. Dabei sind die jährlich wiederkehrenden Asyl- und Migrationsprobleme in Europa zu einem großen Teil Resultat eines verfehlten Migrationsmanagements sowohl auf europäischer wie auf nationalstaatlicher Ebene. Die Asyldebatten drehen sich unproduktiv im Kreis. „Lösungen“, die schon vorher nicht funktioniert haben, werden immer und immer wieder neu vorgeschlagen. Die Betroffenen selbst durchlaufen einen langen persönlichen Leidensweg und dienen in praktisch allen EU-Mitgliedsstaaten auch noch als Sündenböcke und Scheckgespenster im jeweiligen innenpolitischen Hickhack.

Am besten veranschaulichen lässt sich das Versagen der europäischen Migrationspolitik mit der Parabel von Gupta, dem unfreiwilligen Asylwerber, die sich so oder ähnlich täglich abspielt:

Gupta ist 21 und kommt aus Indien, wo die Jugendarbeitslosigkeit sehr hoch ist und man ohne Beziehungen

kaum einen Job bekommt, egal welche Ausbildung man hat und wie gut die Abschlussnoten sind. Besonders die Mittelklasse leidet darunter, dass ihnen der ökonomische Aufstieg verwehrt bleibt. Indien hat die höchsten Auswandererzahlen der Welt.

Guptas Bruder hat sich über eine Facebook-Seite einen Job in Prag als Elektriker gesichert. Ein Cousin arbeitet in Italien in der Landwirtschaft und ein anderer hat eine Position in einem Callcenter in Deutschland bekommen. Alle sind überqualifiziert für ihre Arbeit. Sie verdienen wenig, können aber immerhin etwas Geld nach Hause schicken.

« Während man in der Alltagslogik gerade die Ukrainer:innen als Flüchtlinge einstufen würde, sind sie das rechtlich eigentlich nicht. Krieg gilt nicht als persönliche Verfolgung und ist nicht durch die Genfer Flüchtlingskonvention abgedeckt »

Nun will auch Gupta eine bessere Zukunft für sich. Nach Europa zu gelangen ist nicht billig, aber die Familie hatte einige Ersparnisse. Bis Belgrad kommt er ohne Visum per Flugzeug um knapp 600 Euro. Dann will er sich zu einem seiner Verwandten durchschlagen. Dazu muss er mit einem Schlepper über Ungarn und Österreich nach Italien, Tschechien oder Deutschland gelangen, wo es seines Wissens legale Jobs für indische Staatsbürger:innen gibt. Das kostet zwischen 3.000 und 7.000 Euro.

Im Kastenwagen zusammengepfercht, reist Gupta mit 16 anderen Männern Richtung Westeuropa. Bis Ungarn ging es ohne Probleme. Doch die österreichische Polizei kontrolliert im Burgenland verstärkt die fensterlosen Kleinbusse. Sie fliegen auf.

Der Fahrer wird verhaftet. Er sollte für die Fahrt einige Hundert Euro erhalten und trägt das volle Risiko. Die großen Bosse der Schleppermafia, welche bis zu



Am 26. Oktober 2022 fand in Thalham ein Protestmarsch gegen die Unterbringung der Geflüchteten in Zelten statt

PICTUREDESK/DANIEL SCHARINGER

PICTUREDESK/BARBARA GINDL



Umstritten: In Thalham in Oberösterreich wurden Notzelte für Asylwerber aufgestellt

100.000 Euro pro Fahrt einnehmen, können nicht identifiziert werden. Die Verhaftung eines Fahrers wird nichtsdestoweniger von der Politik als „Schlag gegen die Schleppermafia“ vermarktet.

Den 17 jungen Männern erklärt man, dass sie ohne Visum illegal im Land sind und sofort zurückgeschickt werden müssen. Darauf war Gupta gefasst. In einem solchen Fall müsse er um „Asyl“ ansuchen, sonst würde er sofort in ein Schubhaftzentrum verbracht, hatte man ihm geraten. Als Motiv gibt er an, dass er in Europa arbeiten möchte. Er weiß nicht, dass das kein Asylgrund ist oder was Asyl überhaupt sein soll.

An der Grenze registriert die österreichische Polizei bloß die Neuzugänge, die Ersteinvernahme ist Sache der Asylbehörde. Die Männer werden dazu nach Wien oder Graz zum Hauptbahnhof gebracht. Dort drückt ihnen ein Polizist Bahnkarten in die Hand. Sie sollen zu dem Ort fahren, wo die etwa einstündige Ersteinvernahme stattfinden wird, beispielsweise nach Wels oder Innsbruck.

Wenn sie das absolviert haben, werden sie ein weiteres Zugticket bekommen, mit der Adresse eines Aufnahmezentrums in einem anderen Teil Österreichs, etwa Traiskirchen. Während dieses Hin- und Herfahrens haben sie keinen Anspruch auf Verpflegung oder Unterkunft.

Gupta hat Glück, er kann Englisch und hat noch ein wenig Geld für Proviant. Sein Fahrschein wurde für Innsbruck ausgestellt.

Auf Google Maps stellt er fest, dass das nicht weit von der italienischen Grenze entfernt liegt, und vereinbart telefonisch mit seinem Cousin, dass der ihn abholen und nach Italien schmuggeln wird. Einen Job würde er sicher bald auf dem Schwarzmarkt finden, denn „die brauchen hier Arbeitskräfte“. Mit etwas Glück würde er seinen Aufenthalt irgendwann legalisieren, sagt sein Verwandter.

Im Zug fährt Gupta mit syrischen Familien und afghanischen unbegleiteten Minderjährigen. Sie haben Hunger und sind desorientiert, weil sie lateinische Schrift nicht lesen können. Dagegen geht es mir ja gut, denkt Gupta und freut sich auf sein neues Leben in Europa. Die Asylbehörde in Innsbruck wird er nie betreten.

Flüchtlinge, Migrant:innen und Vertriebene

Gupta versteht nicht, warum einige Tausend Inder:innen in der Tschechischen Republik legal arbeiten können, er in Österreich aber Asyl beantragen muss. Er begreift den Unterschied zwischen Asylwerber:in und Migrant:in nicht. Kein Wunder, auch in der europäischen politischen und medialen Debatte werden die Begriffe teils aus Unwissenheit, teils aus Kalkül vermischt.



Mitte November 2022 wurden die 17 Zelte auf dem Areal der Erstaufnahmestelle Thalham „aus Sicherheitsgründen“ abgebaut, die Flüchtlinge der Obhut des Landes übergeben

Ein Flüchtling ist eine Person, die begründete Angst vor Verfolgung in ihrem Heimatland hat. Bei Rückschiebung droht ihr Gefahr an Leib und Leben. Daher sucht sie den Schutz (= Asyl) eines anderen Landes und stellt einen Asylantrag. Das internationale Asylrecht basiert auf der Genfer Flüchtlingskonvention und ist so etwas wie ein Blaulichtgesetz für Notfälle. Das einzige Kriterium, das im Asylverfahren gilt, ist die Schutzbedürftigkeit der betreffenden Person. Ob der oder die Asylsuchende für den Arbeitsmarkt geeignet ist, darf keine Rolle spielen. Er ist im Heimatland gefährdet und darf nicht dorthin abgeschoben werden. Aus dem gleichen Grund darf ein anerkannter Flüchtling auch nicht in sein Herkunftsland reisen, weil er sonst sofort den Flüchtlingsstatus verliert.

Eine zweite Kategorie ist die der Migrant:innen. Sie kommen legal oder illegal ins Land auf der Suche nach Arbeit. Früher hießen sie Gastarbeiter:innen. Bei ihnen darf sich das Aufnahmeland aussuchen, wen es brauchen kann und wen nicht. Irregulär eingereiste Migrant:innen darf man auch zurückschicken. Ihnen mag zwar Armut drohen, vielleicht haben sie sich auch schwer verschuldet, um nach Europa zu gelangen, aber sie müssen nicht vor ihrem Heimatland geschützt werden und wollen auch zurückfahren können. Für Menschen, die nichts als Arbeit suchen, ist Asyl daher kein geeigneter Aufenthaltstitel.

Um die Verwirrung noch weiterzuführen, gibt es eine dritte Kategorie, die der Vertriebenen, vulgo Kriegsflüchtlinge. Während man in der Alltagslogik gerade die Ukrainer:innen als Flüchtlinge einstufen würde, sind sie das rechtlich eigentlich nicht. Krieg gilt nicht als persönliche Verfolgung und ist nicht durch die Genfer Flüchtlingskonvention abgedeckt. Dennoch kommen Kriegsflüchtlinge und werden in der Regel von der europäischen Bevölkerung wesentlich mehr akzeptiert als andere.

Für diese Kategorie braucht es eine andere Rechtsgrundlage. Sie erhalten kollektiv einen zeitlich befristeten Aufenthaltsstatus. Aufwendige individuelle Asylverfahren sind unnötig, man weiß schließlich, warum sie kommen. In Österreich nannte man die Bosnier:innen in den 1990er-Jahren aus diesem Grund „De-facto-Flüchtlinge“. Mittlerweile gibt es eine EU-weite Regelung für diese Gruppe, daher werden die Ukrainer:innen allgemein als (Kriegs-)Vertriebene bezeichnet.

Europa erzwingt teure und sinnlose Asylverfahren

Das Problem in Europa besteht darin, dass wir es mit einer gemischten Migration zu tun haben. Es kommen auf denselben Routen Asylsuchende und Arbeitsmigrant:innen. Eigentlich braucht Europa aufgrund der demografischen Entwicklung Arbeitskräfte aus Drittstaaten, aber die Programme sind unübersichtlich, es gibt zu wenig reguläre Arbeitsvisa. Die Programme sind auf bestimmte Herkunftsländer und bestimmte Branchen beschränkt und mit komplizierter Bürokratie verbunden. Daher machen sich viele Menschen auf gut Glück auf den Weg. Den Asylantrag stellen sie, wie Gupta, wenn sie gefasst werden, um einer sofortigen Abschiebung zu entgehen.

Im langjährigen Schnitt bekommt in der EU höchstens ein Drittel der Antragsteller:innen irgendeine Form von Schutzstatus – volles Asyl oder, viel häufiger, sogenannten subsidiären Schutz, eine Art Asyl zweiter Klasse. Das EU-Migrationssystem schaufelt also jedes Jahr mehrere Hunderttausend Menschen in eine aufwendige Prozedur, in die sie gar nicht hineingehören. Europäische Asylverfahren dauern meist mehrere Jahre, sind teuer für den Staat und schwer erträglich für die Asylwerber:innen, die zur Untätigkeit gezwungen sind und ständig um ihre Zukunft bangen. Zusätzlicher Druck kommt von der Familie daheim, die nicht versteht, warum der Vater oder Sohn nicht endlich Geld schickt, wo man doch für seine Reise alles verkauft hat.

Gleichzeitig bietet dieses ineffiziente Migrationsmanagement rechtspopulistischen Parteien Munition für einen fremdenfeindlichen Diskurs: Die Menschen in den Asylunterkünften seien erstens Asylbetrüger und zweitens führten sie jahrelang ein Luxusleben ohne Arbeit und auf Kosten der Steuerzahler:innen.

Diese Situation untergräbt insgesamt die Akzeptanz von Asyl in der europäischen Bevölkerung. Das geht auf Kosten jener, die tatsächlich Schutz vor Verfolgung suchen und ein Anrecht darauf haben. Solange die EU die Arbeitsmigration nicht neu ordnet und aus politischen Gründen so tut, als wäre Europa kein Einwanderungskontinent, wird sich daran nichts ändern.

Die doppelbödige Asyldebatte in den EU-Staaten

Das Frustrierende am Asyldiskurs in den EU-Mitgliedsstaaten ist die Tatsache, dass es nicht um Problemlösungen geht, sondern darum, die eigenen Wähler:innen und

Sympathisant:innen zu bedienen. Faktenbasierte Argumente spielen dabei kaum eine Rolle.

Besonders augenfällig wurde das bei der österreichischen Diskussion um eine „neue Asylkrise wie 2015“ im Herbst 2022. In Medieninterviews betonte Innenminister Gerhard Karner, dass Österreich anders als Ungarn und Serbien die irregulären Migrant:innen nicht einfach durchwinken würde. „Wir bewachen die Grenze“, sagte er und führte die Aufgriffszahlen als Beweis an. Tatsächlich werden an der ungarischen Grenze viele Schlepperfahrzeuge angehalten.

Die so gefassten Personen werden danach mehrmals allein quer durch Österreich geschickt. Jene, die aus finanziellen oder gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiterkönnen, bleiben hier. Vor allem die Arbeitsmigrant:innen reisen wieder aus und verschwinden aus der Asylstatistik. Das ist Durchwinken in seiner elegantesten Form. Das entsprechende Wähler:innensegment freut sich über den strengen Grenzschutz und die Aufgriffe. In Wirklichkeit unterbindet Österreich den Transit irregulärer Migrant:innen ebenso wenig wie Ungarn oder Serbien.

« Nicht das EU-Asylsystem ist überfordert, sondern einzelne Staaten. Wer heute etwa in Griechenland einen Asylantrag stellt, muss ein Verfahren nach griechischem Recht und in griechischer Sprache durchlaufen. Daher befindet sich das griechische Asylsystem so unter Druck »

Österreich steht hier nicht allein da. Auch Kroatien gibt den irregulären Migrant:innen ein Papier, um den kurzfristigen Aufenthalt im Lande zu „legalisieren“, und schaut bei der Ausreise weg. Die Schweiz kartt Asylwerber:innen gezielt an die französische und deutsche Grenze und lässt sie dort aus. Italienische Beamt:innen informieren Neuankömmlinge darüber, dass ihnen „morgen“ Fingerabdrücke abgenommen würden. Ab dem Zeitpunkt wären sie in Italien registriert und müssten dort ihr Asylverfahren abwickeln, daher reisen sie gleich nach Frankreich oder via Österreich nach Deutschland weiter. Griechenland zermürbt die Menschen durch schlechte Unterbringung und monatelange Wartezeiten. Jeder EU-Mitgliedsstaat will die potenziellen Asylwerber:innen am liebsten wieder ausreisen sehen.

Auch mit Zahlen wird viel manipuliert. Der österreichische Innenminister ließ im Herbst 2022 Zelte aufstellen, um Asylwerber:innen darin unterzubringen. Angeblich waren alle Unterkünfte überfüllt. In Wirklichkeit aber haben sieben der neun Bundesländer die erforderlichen Plätze nicht zur Verfügung gestellt, darunter alle ÖVP-geführten Bundesländer. So eine parteiinterne Niederlage ist weniger PR-tauglich als die Hiobsbotschaft von einer neuen großen Migrationskrise.

Das Sperrfeuer der Rechten ließ nicht lange auf sich warten. „Aufnahmestopp“, „Kollaps des Asylsystems“, „Verrat an der österreichischen Bevölkerung“, schrien sie. Die Identitären gingen mit dem Slogan „Unser Volk zuerst“ auf die Straße. Mit diesem Thema mobilisiert man seine Anhänger:innen.

Tatsächlich wurden von Jänner bis September 2022 in Österreich zwar 70.000 Asylanträge gestellt, aber nur rund 20.000 Antragsteller:innen verblieben in der Grundversorgung. Die übrigen 50.000 sind vermutlich weitergereist. Es sind vor allem Inder, Pakistanis und Marokkaner auf Arbeitssuche. Sie werden irgendwo in der europäischen Schattenwirtschaft unter ausbeuterischen Bedingungen Arbeit finden, was die Wirtschaft durchaus willkommen heißt.

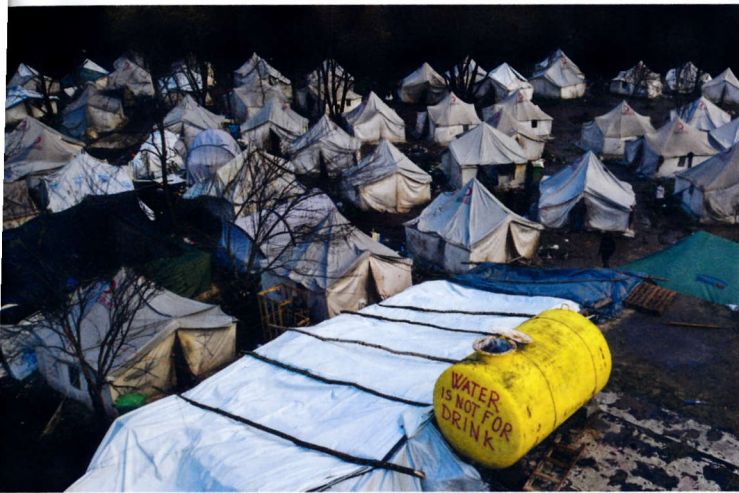
Flüchtlinge und Asylwerber:innen machen nur einen Bruchteil der Drittstaatenangehörigen in der EU aus. Doch Arbeitsmigration wird auch von rechten Parteien selten thematisiert. Man spricht lieber von der „enormen“ Zahl an Asylanträgen, welche die EU nicht bewältigen könne. 2021 wurden in der EU 530.000 Erstasylanträge gestellt. Gleichzeitig wanderten im selben Jahr ohne Mediengetöse fast viermal so viele Migrant:innen ein, nämlich zwei Millionen. Insgesamt leben und arbeiten in der EU fast 24 Millionen Drittstaatsangehörige.

Politik: 120-fache Kosten, beschränkte Wirkung

Unweigerlich kommt bei jedem Neuaufflammen der Asyldebatte in der EU der reflexartige Ruf nach stärkeren Grenzkontrollen. EU-Staaten investieren sowohl auf nationaler Ebene wie auf EU-Ebene Milliardensummen in den Grenzschutz. Das Budget der europäischen Grenzschutzagentur Frontex wurde seit ihrer Gründung vor 18 Jahren auf mehr als das 120-Fache gesteigert – von 6,2 Millionen Euro im Jahre 2005 auf 754 Millionen im Jahre 2022. Nicht mit eingerechnet sind die nationalen Aufwendungen der 27 Mitgliedsstaaten für Aufrüstung, Grenzzäune und Patrouillenboote, die ein Vielfaches des Frontex-Budgets ausmachen. Die Sicherheitsindustrie ist ein profitabler Wachstumsmarkt.

Die EU hat mehr als 50.000 Kilometer Außengrenzen. Allein die Seegrenzen sind mit 43.000 Kilometer länger als der Äquator. Europa kann sich nicht abschotten. Daher steigt trotz allen Grenzschutzes die irreguläre Immigration weiter an. Das beweist, dass Grenzkontrollen kein geeignetes Instrument des Migrationsmanagements sind. Dennoch ist der Ruf nach noch stärkerem Außengrenzschutz das Erste und oft Einzige, was Politiker:innen in der Migrationsdebatte einfällt.

Grenzschutzmaßnahmen ändern nichts am Migrationsdruck in den Herkunftsländern, sie machen die Reise nur riskanter und teurer für die Betroffenen und einträglicher für die Schlepper:innen. Aus der Perspektive der Betroffenen gesehen ist das verständlich. Wer schon Tausende Kilometer unterwegs war, viel Geld, Leid und



Migrationsexpert:innen plädieren für Lager an den europäischen Außengrenzen, in denen Asylverfahren durchgeführt werden können. Lager wie Vucjak in Bosnien kommen nicht in Frage

Angst in seine Reise investiert hat, wird nicht knapp vor dem Ziel umkehren. Im Gegenteil, an der Außengrenze angelangt wird er Risiken und Kosten auf sich nehmen, um diese vermeintlich letzte Hürde zu überwinden.

Die Autorin hat selbst mit zahlreichen Menschen gesprochen, die mehrmals aus griechischen Gewässern in die Türkei zurückgeschleppt wurden, die sogar Schiffsunfälle überlebt haben und es wieder probieren. Auch Personen, die an der bosnisch-kroatischen Grenze schon 15-, ja zwanzigmal aufgegriffen, verprügelt und zurückgeschickt wurden, geben nicht auf. Weder finanziell noch psychologisch könnten sie es verkraften, das Projekt so knapp vor dem Ziel abzubrechen.

Der demokratiepolitische Schaden für die Europäer:innen selbst ist unübersehbar. Demokratien errichten Stacheldrahtsperrren gegen Armut. Frontex-Beamte ziehen Boote voller verängstigter Menschen auf das offene Meer zurück, Patrouillenboote ignorieren SOS-Rufe. EU-Grenzschutzbeamte misshandeln Migrant:innen und schieben sie widerrechtlich zurück. Die EU zahlt fragwürdigen Regimes wie den Milizen in Libyen oder der Türkei unter Erdogan Millionenbeträge, um die Migrant:innen und Flüchtlinge fernzuhalten, und macht sich dadurch auch noch politisch erpressbar.

Zu guter Letzt hat die EU seit 2015 das grenzenlose Reisen innerhalb der Union vielfach außer Kraft gesetzt. Dabei galt gerade das als sichtbarstes Markenzeichen der EU. Nun wird wieder kontrolliert, und wir müssen uns neuerlich an Staus an den Binnengrenzen gewöhnen.

Langlebige abstruse Ideen von „Externalisierung“

Auf der Suche nach einem einfachen Wundermittel gegen die irreguläre Migration geistert seit den frühen 2000er-Jahren in der EU die Idee von der „Externalisierung“ der Asylverfahren durch die EU. Man will sich

nicht ernsthaft mit den Wurzeln des Problems in den Herkunftsländern befassen, sondern die Migrant:innen, die es bis Europa geschafft haben, nur wieder loswerden.

Wie kann man sie also in einen anderen Kontinent bringen und dort ein Asylverfahren „nach europäischen Standards“ abwickeln, lautet die Frage. Weil wir reiche Staaten mit unseren 27 aufgeblähten Asylbehördenapparaten es nicht schaffen, die vermischte Migration zu regeln, sollen das außereuropäische Länder gegen Geld tun. Deutschland wollte vor einigen Jahren in nordafrikanischen Staaten Asylzentren einrichten, Frankreich erwog dafür den Tschad und Niger. Großbritannien schließlich einigte sich 2022 mit Ruanda, wurde jedoch vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof ausgebremst. Dänemark ist angeblich mit zehn verschiedenen Partnerländern im Gespräch.

Der Plan wirft viele Fragen auf: Wer führt das Asylverfahren durch? Woher nimmt ein Land wie Ruanda das qualifizierte Personal her? Wer überwacht die Einhaltung europäischer Rechtsstandards in einem Drittland? Wie hält man ohne brutale Zwangsmaßnahmen die Menschen in den Aufnahmezentren fest? Planen EU-Mitgliedsstaaten, eine Art Guantanamo zu errichten? Wie kann man verhindern, dass sich in den Lagern sofort eine Schleppermafia etabliert, die die Menschen nach Europa bringt? Wer kommt für diese immensen zusätzlichen Kosten für Transport, Verpflegung, Betreuung und Bewachung auf?

Zu guter Letzt: So ein Asylzentrum würde große Mengen an Wasser, Nahrungsmitteln, Strom und Internetkapazitäten benötigen. Warum sollte die Bevölkerung eines Entwicklungslandes tolerieren, dass ihre unzureichenden Ressourcen der EU zuliebe für Fremde aufgewendet werden? Wer sagt, dass das in den Aufnahmeländern nicht zu Unruhen und Ausschreitungen führen könnte?

Das Asylsystem muss ganz neu gedacht werden

Die Asyldebatte in Europa dreht sich seit Jahren im Kreis und hält an den ewig gleichen ungeeigneten Lösungen fest. Was die EU braucht, ist ein neu aufgestelltes Asylmanagement, das effizient, fair und menschlich ist und gleichzeitig weniger kostet als das jetzige. Es gäbe eine relative einfache Zwei-Komponenten-Lösung, die auf einem UNHCR-Vorschlag von 2015 beruht. Asyl neu könnte kurz gefasst so aussehen: Die 27 nationalen Asylverfahren werden durch ein einziges EU-weites ersetzt.

Asylverfahren finden dort statt, wo die Betroffenen sich ohnehin schon befinden, an mehreren Einreise-Hotspots wie griechischen Inseln, Lampedusa, Zypern oder Südspanien, allderdings unter menschenwürdigen Bedingungen.

Europa hat genügend qualifizierte Asylbeamt:innen. Nicht das EU-Asylsystem ist überfordert, sondern einzelne Staaten. Wer heute etwa in Griechenland einen

Asylantrag stellt, muss ein Verfahren nach griechischem Recht und in griechischer Sprache durchlaufen.

Daher befindet sich das griechische Asylsystem so unter Druck. Das gilt gleichermaßen für die anderen Erstaufnahmeländer. Bei einem einheitlichen Verfahren könnten alle Beamt:innen aus allen 27 Staaten in den Asylzentren am Rande Europas zum Einsatz kommen, weil sie im Inland ohnehin nichts mehr zu tun hätten. Die Mitgliedsstaaten selbst sparten sich so die Verfahren und die Betreuung von Asylsuchenden zur Gänze.

Die Dauer von Asylverfahren würde drastisch verkürzt, von mehreren Jahren auf einige Wochen. Die Qualität der Entscheidungen würde erhöht. Das liegt sowohl im Interesse der Asylsuchenden als auch der EU.

Die Asylwerber:innen hätten keinen Anreiz, die Zentren illegal zu verlassen und mit Hilfe von Schleppern quer durch Europa zu reisen, denn sie könnten nirgendwo sonst ein Asylverfahren bekommen.

Wahrscheinlich könnte sogar eine abgemilderte Form einer geschlossenen Unterbringung für die kurze Dauer des Verfahrens rechtlich durchgesetzt werden. Wer Schutzstatus bekommt, wird nach einem Verteilungsschlüssel einem Mitgliedsstaat zugewiesen. Der Aufnahmestaat nimmt nur anerkannte Flüchtlinge auf und kann sofort mit der Integration sowie mit der Arbeitsvermittlung beginnen.

« Das EU-Migrationssystem schaufelt also jedes Jahr mehrere Hunderttausend Menschen in eine aufwendige Prozedur, in die sie gar nicht hineingehören »

Bis vor Kurzem hatten sich besonders die Visegradstaaten gegen jegliche Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU gewehrt. Nun sind gerade sie die Erstaufnahmeländer für ukrainische Vertriebene. Unter dieser Erfahrung haben sie ihre Einstellung zur Weiterverteilung radikal geändert.

Da innerhalb der EU zahlreiche Länder und Branchen nach Personal suchen, könnte man neben der Asylprüfung eine zweite Schiene einziehen. Wenn sich unter den abgelehnten Asylwerbern Arbeitskräfte finden, die auf dem europäischen Markt gebraucht werden, sollten sie die Chance bekommen, als reguläre Arbeitsmigrant:innen zu fairen Bedingungen auf Zeit hier zu leben und zu arbeiten. Schließlich haben zahlreiche EU-Mitgliedsstaaten Anwerbeprogramme in Indien, Vietnam, Pakistan, Nepal etc. laufen.

Jene, die weder schutzbedürftig noch für den europäischen Arbeitsmarkt qualifiziert sind, würden zeitnah abgeschoben. Bislang werden alle Rückübernahmeabkommen auf zwischenstaatlicher Ebene ausgehandelt, sozusagen 27-mal. Das führt dazu, dass Herkunftsländer

sich weigern, ihre eigenen Staatsbürger:innen zurückzunehmen. Die EU als Ganzes hätte da weitaus mehr Verhandlungsmacht.

Für die abgeschobenen Personen selbst ist es viel humaner, wenn sie nach wenigen Wochen zurückgeschickt werden und nicht erst nach langen Jahren des Wartens und Bangens in Asylheimen. Darüber hinaus hätte die rasche Rückführung von Gruppen, die wenig Aussicht auf Asyl haben, Signalwirkung gegen irreguläre Migration. Potenzielle Migrant:innen würden es sich überlegen, ob sie viel Geld in eine Reise investieren wollen, die nach wenigen Wochen wieder im Heimatland enden kann. Ganz nebenbei würde auch das Businessmodell der Schlepper bedeutend geschwächt.

Migrationsursachen, nicht Migrant:innen bekämpfen

Um dem fremden- und asylfeindlichen Diskurs in der europäischen Öffentlichkeit entgegenzutreten, stellen viele Menschenrechtsaktivist:innen und Flüchtlingshelfer:innen die Migration als etwas grundlegend Positives dar.

Das ist zu undifferenziert und löst die Probleme nicht. Migration ist zweifellos so alt wie die Menschheit selbst. Kulturen wurden durch Migration bereichert, Wissen wurde in die Welt getragen. Wir alle sind Nachkommen von Migrant:innen.

Es stellt sich jedoch die Frage der Migrationsursachen. Wer in Europa von Migration spricht, meint die Immigration nach Europa. Europa braucht ein gewisses Maß an Zuwanderung, aber sie sollte in geregelten Bahnen verlaufen. Das liegt vor allem im Interesse der migrierenden Personen, denn Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus werden leicht zu Opfern von Ausbeutung – durch Schlepper ebenso wie durch die Schattenwirtschaft.

Tatsächlich sollte Migrationsmanagement bei der Emigration ansetzen. Massenauswanderung aus einem Land ist immer ein Alarmzeichen, egal ob die Menschen aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen gezwungen sind, wegzugehen. Wo die Lebensumstände gut und sicher sind, gibt es keinen umfangreichen Bevölkerungsabgang, keinen Brain-Drain und keine unversorgten Kinder bzw. Alten, deren Lebensstandard von den Geldüberweisungen der Auswander:innen abhängt.

Wenn Europa die Immigration in geregelte Bahnen lenken will, muss es verstärkt auf wirtschaftliche Zusammenarbeit und das Schaffen von Arbeitsplätzen in den Herkunftsländern der irregulären Arbeitsmigrant:innen setzen.

Dort, wo Krieg und Menschenrechtsverletzungen die Menschen zu Flüchtlingen machen, sollte Europa diplomatisch einwirken und Friedensinitiativen setzen. Beides ist freilich viel komplizierter, als Stacheldrahtzäune und Mauern zu errichten, doch es wäre ungleich wirksamer.